

Grünes Band bleibt rotes Tuch

Naturschützer kritisieren Bauern

VON KUNO MAHNKOPF

Eichsfeld. Nach der Landvolk-Demonstration in Duderstadt gegen das Grüne Band Eichsfeld-Werratal schwelt der Streit um das an der Schwelle von der Planungs- in die Umsetzungsphase stehende Naturschutz-Großprojekt weiter. Während der Göttinger Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) eine Breitseite gegen die Bauern abfeuert, drängen die südniedersächsischen Bundestagsabgeordneten Hartwig Fischer (CDU) und Lutz Knopek (FPD) auf Berücksichtigung der Grundeigentümer-Interessen. Die Demonstration des Landvolks habe gezeigt, dass es noch große Skepsis auf Seiten der Bevölkerung gebe.

Im Bundesumweltministerium in Berlin haben die beiden Abgeordneten und Duderstadts Bürgermeister Wolfgang Nolte (CDU) am Dienstag mit Vertretern des Ministeriums, des Bundesamtes für Naturschutz und der Sielmann-Stiftung über den Fortgang des Projekts diskutiert. Das Ministerium habe verdeutlicht, dass die Freiwilligkeit im Vordergrund stehe und es kein Naturschutzprojekt gegen den Willen der Bevölkerung geben werde, so Fischer und Knopek. Von der Stiftung als Projektträger fordern sie nochmals absolute Transparenz und Vorlage der zugesicherten sozioökonomischen Analyse beim Landvolk ein.

Die müsse wegen der reduzierten Förderkulisse überarbeitet werden und sei noch nicht fertiggestellt, teilt Stiftungsmitarbeiter Holger Keil mit, will Fischer aber umgehend den Zwischenentwurf zukommen lassen. Keil hofft, dass durch das erneut reduzierte

Projektgebiet doch noch Akzeptanz für das Naturschutzvorhaben auch bei den Grundeigentümern erreicht werden kann. Den Förderantrag für die Umsetzungsphase will die Stiftung noch öffentlich vorstellen.

„Die zugesicherte Transparenz soll Grundlage für einen neuen Dialog beider Seiten sein“, wünscht sich Fischer: „Wir alle wollen das Projekt, aber bei der Umsetzung müssen neben den Interessen der Naturschützer gerade auch die Interessen der Bevölkerung mit berücksichtigt werden.“ Moderner Naturschutz sei nur mit und nicht gegen die Land- und Forstwirte möglich, schließt sich Knopek an.

Keinerlei Verständnis für deren Protest hat der BUND. „Ein großer Wurf zugunsten einer zukunftsfähigen Umstrukturierung unserer ländlichen Region wird derzeit von einigen Vertretern des sogenannten Landvolks geradezu blindwütig unter den Pflug genommen und durch eine allein besitzstandswahrende Denkweise verstümmelt“, monieren die „Anwälte der Natur“. Andere Regionen wie zum Beispiel die Rhön verdeutlichten, wie man Natur und landwirtschaftliches Engagement in Einklang bringe – „anstatt Maisfelder wie Kunstrasen in die Gegend zu legen und Agrar-Fabriken nebst Massentierhaltung zu betreiben“.

Politik und Verwaltung des Landkreises wirft der BUND vor, dass es ihnen „seit Jahren noch nicht einmal gelinge, den selbsternannten ‚Flurbereinigern‘ im Tross des Landvolks das Handwerk zu legen“. Klammheimlich würden Feldrandgehölze und Hecken entfernt und öffentliche Randstreifen vereinnahmt.